

Traust du mir etwa nicht?

Mit Tricks und Druck greift der Staat nach dem Imperium des Medienunternehmers Gussinski. Bei einem Erpressungsmanöver setzte es Prügel.

Endlich hatten sie ihn so weit, dachten die Herren vom Energiekonzern Gasprom und der Regierung: Am 19. Juli durchsuchte die Staatsanwaltschaft das Haus des Medienunternehmers Wladimir Alexandrowitsch Gussinski, 47, und beschlagnahmte sein Privatvermögen. Am nächsten Tag trafen sich mit ihm der Gas-Direktor Alfred Reingoldowitsch Koch und Presseminister Michail Lessin.

Zur Freude der beiden unterschrieb Gussinski einen Vertrag, mit dem er seine Holding Media-Most an die Firma Gasprom-Media verkaufte. Darauf durfte er ausreisen. Adieu Meinungsfreiheit – Gussinskis Konzern verfügte über NTW, den größten TV-Sender in Privathand und mächtigsten Kritiker des Präsidenten Wladimir Putin. Der zappt sogar im Flugzeug NTW auf den Bildschirm und ärgert sich.

Erwerber Gasprom aber gehört zu 38 Prozent dem Staat, den Aufsichtsrat kontrolliert ein Vizechef der Kreml-Kanzlei. Fortan will die Regierung vom Bildschirm fast nur noch ihre eigene Stimme hören.

Es sah so bequem aus: Laut dem unterzeichneten Vertrag trat Gussinski seine 30 Medienfirmen ab, dafür übernahm Gasprom die Schulden von etwa einer Milliarde Mark und zahlte dem Medienzaren noch 300 Millionen Dollar auf die Hand. Die schöne Summe überwies Gasprom auf ein Konto bei der Deutschen Bank London.

Dafür wurden in einem geheimen Zusatzprotokoll („Anlage 6“) dem Verkäufer, der schon drei Tage im üblen Moskauer Butyrka-Gefängnis hatte brummen müs-



Medienzar Gussinski: „Mit der Pistole auf der Brust“

sen, die „Einstellung der Strafverfolgung“ sowie eine „Aufhebung des Ausreiseverbots“ zugesichert. Und, vollends merkwürdig für einen privatrechtlichen Kaufvertrag: auch Garantien für seine persönliche Sicherheit und die seiner leitenden Mitarbeiter, für deren „Rechte und Freiheiten samt des Rechts auf Bewegungsfreiheit und der freien Wohnsitzwahl“.

Diese Klausel, die ungeniert verfassungsgemäße Grundrechte gegen fremdes Eigentum eintauscht, hatte munter der Minister Lessin abgezeichnet. Er wollte „nur Gutes“ tun, erläuterte Lessin hernach seine Amtsanmaßung. Igor Malaschenko, der Vizepräsident von Media-Most, behauptet aber, Lessin habe sogleich satte Prozente für seine Unterschrift gefordert (was Lessin energisch bestreitet).

Kaum hatte Gussinski rechts unten sein Zeichen unter den Vertrag gesetzt, griff Gas-Mann Koch ein. Der kennt sich aus in den modernen Moskauer Sitten und Gebräuchen. Als Chef der russischen Privati-

sierungsbehörde stolperte er einst über den kleinen Honorarvorschuss (100 000 Dollar) eines Finanzkartells, das von ihm den Zuschlag für ein Filetstück der Telekommunikation empfangen hatte. Danach diente er einer Investmentgesellschaft namens Montes Auri (Goldene Berge).

Jetzt, als Gasprom-Verhandlungsführer, forderte er den Handelspartner Gussinski auf, jede einzelne Seite des umfangreichen Vertragswerks mit seinem Namen zu schmücken: Man kann ja nie wissen. Der Verkäufer wurde wütend: „Alfred Reingoldowitsch, traust du mir nicht?“ Koch böse: „Aber Wladimir Alexandrowitsch, wer glaubt denn Ihnen schon?“

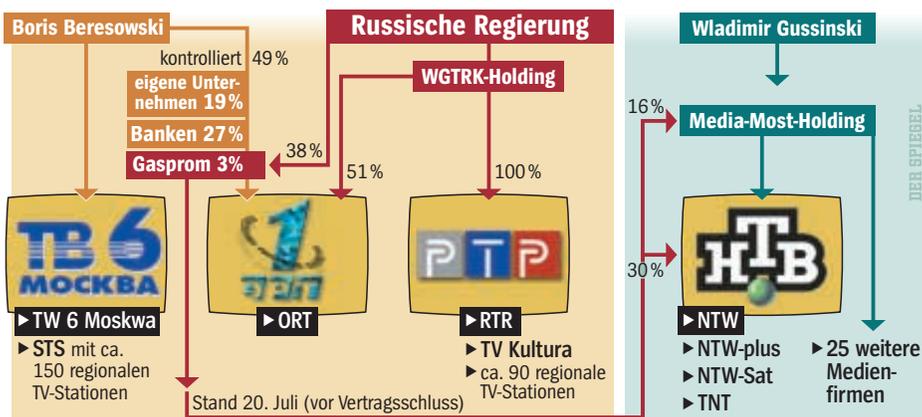
Da knallte Gussinski seinem Käufer eine Ohrfeige, und Koch schlug zurück. Den anderen Anwesenden gelang es mit vereinten Kräften, die Schläger zu bändigen und den

Vertrag unter Dach und Fach zu bringen. Umsonst. Aus dem sonnigen Gibraltar, wo er einen Zweitwohnsitz unterhält und Steuern zahlt, ließ Gussinski vorige Woche hören, seine Unterschriften seien ihm „mit der Pistole auf der Brust“ abgepresst worden. Er denke nicht daran, die ihm aufgenötigten Bedingungen zu erfüllen: Bereits zwei Tage vor Vertragsunterzeichnung habe er, schlau, schlau, vor zwei amerikanischen Juristen zu Protokoll gegeben, er werde massiv unter Druck gesetzt. Erzwungene Unterschriften seien deshalb null und nichtig.

Gasprom-Sprecher beteuern, der hoch verschuldete Gussinski habe den Verkauf selbst vorgeschlagen, allerdings zunächst das Doppelte an Bargeld verlangt. In Moskauer Unternehmerkreisen läuft die Version um, der mächtige Gasprom-Generaldirektor Rem Wjachirew sei vom Kreml genötigt worden, mit dem Schuldner Gussinski derart sittenwidrig umzuspringen.

Dabei hatte Wjachirew im Juni, mit Putin auf Auslandsreise, bei Gussinskis Festnahme seinem Präsidenten in Berlin mutig widersprochen und mitgeteilt, sein Konzern habe keine Kredit- und Bürgerschaftsprobleme mit Media-Most. Putin musste die ständigen Fragen nach der Pressefreiheit in seinem Land darauf mit Gussinskis Freilassung beantworten.

Jetzt machte Wjachirew das Ende einer Männerfreundschaft publik: Gasprom werde gegen den Geschäftspartner die Staatsanwaltschaft und ausländische Gerichte mobilisieren, denn Gussinski habe in den vergangenen Wochen klammheimlich Vermögenswerte seines schon verkauften Imperiums ins Ausland schaffen



EUROPÄISCHE UNION

„Gefahr einer Isolation“

Elmar Brok (CDU), Chef des Außenpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, über Ansprüche der Union an die EU

lassen. Wjachirew: „Auch wenn wir lächeln, heißt das nicht, dass unser Pistolenhalfter zugeknöpft ist.“ Letzten Donnerstag schwärmten die Gerichtsvollzieher aus, um die Media-Most-Büros zu filzen.

Ein anderer Medienmagnat, der am Staatssender ORT beteiligte Boris Bersowski, sieht in dem neuen Skandal bereits Russlands Abdriften in „chilenische Verhältnisse“, in ein „autoritäres Regime“. Er hat keinen Zweifel, dass sich „der Präsident alle einflussreichen TV-Kanäle selbst unterstellen will; das hat er Gussinski gesagt und auch mir“. Auf einer geheimdienstnahen Website (www.flb.ru) wird der gläubige Jude bereits als „verlorener Sohn Abrahams“ verhöhnt, der „fast schon nicht mehr in Russland lebt“.

Der Zwischenhändler Gasprom müht sich derweil, den Verdacht zu zerstreuen, er agiere als des Kremls williger Helfer. „Um die Unabhängigkeit von Media-Most zu erhalten und zugleich unser Geld zurückzubekommen“, schwört Privatisierungsexperte Koch, „müssen wir die Holding an den Westen verkaufen.“

Mit der Deutschen Bank gäbe es bereits eine „vorläufige Übereinkunft“, das Geldinstitut werde sich an der Suche nach einem Investor als „Konsultant“ betätigen. Die Deutsch-Banker haben über ihre Londoner Filiale bei international agierenden Medienkonzernen vorgefühlt. Die Bertelsmann-Tochter RTL-Group zeigt Interesse.

Doch selbst wenn Gasprom nach langen gerichtlichen Auseinandersetzungen als unstrittiger Eigentümer der Most-Medien anerkannt würde, könnte ein ausländischer Käufer dem Kreml kaum ins Konzept passen. Soeben hat Putin eine „Doktrin der Informationssicherheit“ unterzeichnet. Das im Geheimdienst-Jargon gehaltene Dokument ruft zur „Verteidigung der nationalen Interessen in der Informationssphäre“, die vor allem durch „unkontrollierte Ausbreitung ausländischer Massenmedien“ bedroht sei. Es gehe darum, die „staatlichen Massenmedien zu stärken“.

Das NTW-Fernsehen solle unter Militäraufsicht gestellt werden, fordert denn auch die Rechts-Postille „Sawtra“; es sei so „mit Nato-Ideologie durchtränkt wie jenes Tuch, das man Christus reichte, mit Essig“. Das Extremisten-Lob mag den politisch unerfahrenen Präsidenten aus der Provinz verunsichern haben. Vorigen Mittwoch suchte er mit Frau Ljudmila Rat bei Russlands verstummtem Weisen Alexander Solschenizyn, 81.

So kam der endlich einmal wieder ins Staatsfernsehen. Für seine zornigen Ermahnungen, beim Kotau vorm Kapitalismus doch nimmer die Moral zu vergessen, fand der Dichter lange Zeit nur ein öffentliches Forum: Gussinskis NTW.

UWE KLUSMANN, JÖRG R. METTKE

SPIEGEL: Herr Brok, die CDU/CSU hat auf ihrem Strategiegipfel eine „klare Kompetenzabgrenzung“ zwischen Brüssel und den Nationalstaaten als Voraussetzung für die Erweiterung verlangt. Eine solche Reform der EU ist nicht in Sicht. Also fordert die Union den Aufschub der Erweiterung?
Brok: Das muss man leider so interpretieren. Niemand in der laufenden Regierungskonferenz ist bis zum Beschlussgipfel im Dezember in Nizza bereit und in der Lage, die Kompetenzabgrenzung in den Vertrag hineinzuschreiben. Wir können allenfalls erreichen, dass dies bei der nächsten Reform-Runde, die frühestens 2004 beginnen kann, ein Thema wird.

SPIEGEL: CSU-Chef Edmund Stoiber gibt offenbar den Ton an. Ist die Union im Begriff, das Erbe des Europäers Helmut Kohl zu gefährden?

Brok: Es besteht die Gefahr, dass sich die CDU/CSU in Europa isoliert. Opposition darf aber nicht heißen, dass man die Realität nicht mehr wahrnimmt.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich dann, dass auch die Spitzenpolitiker Angela Merkel



M. EBNER / MELDEPRESS

Abgeordneter Brok: „Gegen Europa ist nicht zu gewinnen“



B. GRIESHABER / DDP

Unionsführer Stoiber, Merkel*
„Die Forderung muss weg“

und Friedrich Merz solche Forderungen unterschreiben?

Brok: Ich nehme an, dass in der CDU-Führung nicht hinreichend Klarheit herrscht,

* Beim Strategietreffen von CDU/CSU am vergangenen Montag in München.

wie der zwischen den Regierungen vereinbarte Reform-Fahrplan aussieht.

SPIEGEL: Oder lernt die Union von Jörg Haider und seiner Politik gegen Brüssel?

Brok: Die CDU/CSU ist nicht anti-europäisch. Aber die Forderung nach der Kompetenzabgrenzung vor der Erweiterung muss weg. Es darf nicht sein, dass die Fortentwicklung der Europäischen Union und die Chance Deutschlands, die Versöhnung nach Osten wie nach Westen zu befördern, an den Kompetenzproblemen von Bundesländern hängen bleiben.

SPIEGEL: Ein „Nein“ zur raschen Erweiterung könnte im Bundestagswahlkampf 2002 populär sein?

Brok: Man gewinnt vielleicht nicht mit dem Thema Europa-Wahlen, aber gegen Europa kann man keine Wahlen gewinnen.

SPIEGEL: Gleichwohl gibt es Ängste, das ganze Abenteuer könnte zu teuer werden.

Brok: Deshalb sollte man jetzt relativ schnell einige wenige Länder aufnehmen, die schon die Beitrittskriterien erfüllen. Andere müssen halt länger warten. Die EU will Ende 2002 durch institutionelle Reformen aufnahmefähig sein. Für uns ist es wichtig, Polen in der ersten Runde dabeizuhaben. Länder wie Estland, Slowenien, Ungarn sollten so früh dazukommen, dass sie sich an den Europa-Wahlen des Sommers 2004 beteiligen können. Nur so gibt es Zuversicht in Osteuropa, dass die Tür nach Europa offen ist.

INTERVIEW: DIRK KOCH